

LGBT*

Interview mit Sherry Wolf über die Geschichte der LGBT*-Bewegung

➟ Seite 8-9



Katalonien

Die Wahlen waren eine Abstimmung über die Unabhängigkeit der Region.

➟ Seite 10-11



ver.di

Merkel fand den Bundeskongress der Gewerkschaft „wunderbar".

➟ Seite 6-7

20

Oktober 2015

KLASSEGEGENKLASSE

Zeitschrift der **Revolutionären Internationalistischen Organisation** | Deutsche Sektion der **Trotzkistischen Fraktion – Vierte Internationale** | Preis: **1 Euro** | Solipreis: **2 Euro**

Die Grenzen niederreißen!

Die „Flüchtlingskrise" erschüttert die Europäische Union des Kapitals. Als Lösung brauchen wir ein Europa der Arbeiter*innen.

75. Todestag Leo Trotzkis

Workshops und Podiumsdiskussion am 17. Oktober in Berlin

LEO TROTZKI

1879 1940

Die **Revolutionäre Internationalistische Organisation** (RIO) ist die deutsche Sektion der Trotzkistischen Fraktion – Vierte Internationale (FT-CI).

Klasse Gegen Klasse erscheint zehnmal im Jahr. Abos sind ab 25 Euro frei Haus erhältlich. Diese Zeitschrift wird auf Recycling-Papier gedruckt.

Redaktion: Wladek Flakin, Oskar Huber, Alexej Geworkian, Stefan Schneider, Baran Serhad. **Layout:** Wladek Flakin, Max Karlmann.

ViSdP: R. Müller, Hafenstraße 120, 20359 Hamburg, Eigendruck im Selbstverlag.



400 Frauen und LGBT*-Menschen beim Treffen von Pão e Rosas

International: Trotzkistische Fraktion – Vierte Internationale
www.ft-ci.org

Argentinien: Partido de los Trabajadores Socialistas www.pts.org.ar
Mexiko: Movimiento de los Trabajadores Socialistas
www.mtsmexico.org
Bolivien: Liga Obrera Revolucionaria por la Cuarta Internacional
www.lorci.org
Brasilien: Movimento Revolucionário de Trabalhadores
www.palavraoperaria.org
Chile: Partido de Trabajadores Revolucionarios www.ptr.cl
Venezuela: Liga de Trabajadores por el Socialismo www.lts.org.ve
Uruguay: Juventud Revolucionaria Internacionalista
jrinternacionalista.wordpress.com
Spanischer Staat: Clase Contra Clase www.clasecontraclase.org
Frankreich: Mitglieder in der Courant Communiste Révolutionnaire innerhalb der NPA www.ccr4.org
Deutschland: Revolutionäre Internationalistische Organisation
www.klassegegenklasse.org

NR. 20 OKTOBER 2015

3 **Leitartikel:** Die Grenzen niederreißen!
4 **Refugees:** Drei Jahre O-Platz
6 **ver.di-Bundeskongress:** „Das war wunderbar"
8 **Interview:** Sexualität & Sozialismus
10 **Katalonien:** Neue Etappe der Unabhängigkeitsbewegung
12 **Syriza vs. FIT:** Klassenkollaboration oder Klassenunabhängigkeit?
14 **Geschichte:** Wozu dient die Einheitsfront?
16 **Linke:** Die griechischen Wahlen und die strategische Debatte

ONLINE LESEN…



„Es war der Staat!"
Am 26. September 2014 verschwanden 43 Studierende im mexikanischen Iguala.



Nichts zu feiern
Vor 25 Jahren wurde das Gebiet der ehemaligen DDR der Bundesrepublik angegliedert.

„Was tun!"

Mit den Gegenprotesten zum reaktionären „Marsch für das Leben" trat zum ersten Mal die *Revolutionär-kommunistische Jugend* (RKJ) in Erscheinung. Als Teil des Prozesses gemeinsamer Praxis und programmatischer Diskussion der Jugendgruppe *RedBrain*, der Unigruppe *Waffen der Kritik* und Mitgliedern von RIO hat diese Jugendgruppe, die sich noch in Gründung befindet, eine Zeitung mit dem Namen „Was Tun!" herausgebracht.

Diese Zeitung soll die Grundlage für eine aktive Politik gegen die kapitalistische Krise und ihre Folgen in Form von nationalistischer Hetze und faschistischen Angriffen sein. Ebenso soll sie die Notwendigkeit einer klassenkämpferischen Alternative aus der Perspektive der Jugend aufzeigen. Besonderes Gewicht hat auch die Debatte über klassenkämpferischen Feminismus.

Die RKJ möchte in der kommenden Periode ein Angebot für alle revolutionären Jugendlichen entwickeln und die Bedeutung des Trotzkismus für heute deutlich machen. Dabei will sie Teil des Kampfes von allen Ausgebeuteten und Unterdrückten sein.

Alte Ausgaben von Klasse Gegen Klasse ebenfalls erhältlich unter info@klassegegenklasse.org





Die Grenzen niederreißen!

VON STEFAN SCHNEIDER

„*Die Arbeit der Europäischen Union repräsentiert Brüderlichkeit zwischen den Nationen*". Mit diesen Worten bekam die EU im Jahr 2012 den Friedensnobelpreis – für Jahrzehnte der „friedlichen Zusammenarbeit", die aus Europa einen „Kontinent des Friedens" statt des Kriegs gemacht hätten. Angesichts dessen, dass die verschiedenen Nationalstaaten der EU in jeden einzelnen der blutigsten Konflikte der Erde verwickelt sind ist das blanker Hohn.

Blöd, dass die Betroffenen dieser kriegerischen Auseinandersetzungen, die Betroffenen der jahrzehntelangen imperialistischen Ausbeutung in Afrika, Asien und Lateinamerika, nun etwas von der netten Atmosphäre des Friedens abhaben wollen. Plötzlich heißt es: „Das Boot ist voll", oder, wie Sigmar Gabriel es etwas „politisch korrekter" ausdrückt: *„Es gibt Grenzen der Belastbarkeit auch unseres starken Landes."*

Die „Grenzen der Belastbarkeit" für die Bevölkerung interessieren die zentralen imperialistischen Mächte in Europa reichlich wenig, wenn es um die Ausbeutung peripherer Länder geht. Stattdessen haben sie die südeuropäischen Länder mit einem ökonomischen Terrorregime namens „Austerität" überzogen. „Grenzen der Belastbarkeit" gibt es für die Herrschenden nur, wenn es um ihren eigenen Geldbeutel geht.

Profit und Repression

Das deutsche Kapital lechzt schon mit Eurozeichen in den Augen und Speichel in den Mundwinkeln danach, so viele wie möglich der hunderttausenden Menschen, die auf gefährlichsten Routen ihren Weg nach Deutschland gefunden haben, als billige Arbeitskräfte in den Arbeitsmarkt zu integrieren und dafür soziale Schranken wie den Mindestlohn oder das Verbot der Leiharbeit außer Kraft zu setzen. Unter den Bedingungen der Entrechtung, die Deutschland ihnen aufzwingt, kosten die Geflüchteten sehr viel Geld – wenn auch nur Peanuts im Vergleich zu den Profiten, die aus der Ausbeutung ihrer Herkunftsländer entstehen.

Und so wird das ohnehin schon extrem beschränkte Asylrecht in Deutschland weiter verschärft, Abschiebungen werden vereinfacht, in ganz Europa werden Grenzkontrollen wieder eingeführt, Internierungslager errichtet und sogar Mauern gebaut. Gleichzeitig werden kämpferische Geflüchtete, die nicht einsehen wollen, für jeden Brotkrumen „dankbar" sein zu müssen, kriminalisiert, wenn sie für demokratische und soziale Rechte kämpfen.

In gewisser Weise hat Sigmar Gabriel Recht: Es ist eine „Grenze der Belastbarkeit" erreicht. Aber diese Grenze betrifft die Fähigkeit der Europäischen Union, die widerstrebenden Interessen der europäischen Imperialismen auszugleichen und einen gemeinsamen politischen und ökonomischen Block zu bilden. Im Zweifelsfall, wenn die Profitmargen zu gering zu werden drohen, zerfällt der Traum von der „friedlichen" EU in seine Bestandteile.

Falsche Alternativen

Rechte Kräfte setzen gegen die EU auf die Rückkehr zu starken Nationalstaaten. Auch Linke wenden sich gegen den imperialistischen Block. Doch welche Alternative wollen wir aufbauen?

Angesichts des Scheiterns des pro-europäischen Kurses der griechischen Linkspartei Syriza wenden sich viele Linke nun Gedankenspielen des Austritts aus dem Euro zu. Ein „Plan B", der letztlich aber nichts anderes als die Rückkehr zu einem nationalen Kapitalismus und damit nur zu einer anderen Form der aktuellen Misere bedeutet. Ganz zu schweigen davon, dass er den nationalistischen Ambitionen der xenophoben Rechten in Europa in die Hände spielt. Wir stellen diesen beiden falschen Alternativen – Troika-Diktat oder nationaler Kapitalismus – die Perspektive eines ganz anderen Europas entgegen.

Europa der Arbeiter*innen

Wir kämpfen für ein Europa, das tatsächlich keine Grenzen mehr kennt. Ein Europa, das allen Menschen volle demokratische und soziale Rechte zugesteht. Ein Europa, das den Interessen der lohnabhängigen Bevölkerung mit den Geflüchteten als ihrem am meisten entrechteten Teil und nicht dem Profitinteresse der Konzerne dient.

Wir kämpfen für ein Europa der Arbeiter*innen, ein sozialistisches Europa – das einzige Europa, das wirklich offene Grenzen für alle garantieren kann. Der Weg dahin ist weit – doch der einzig realistische, im Gegensatz zur reaktionären Utopie, dass das Kapital Europa friedlich vereinigen könnte. Dafür müssen wir jetzt für eine internationalistische Perspektive kämpfen, die die Interessen der hunderttausenden Menschen, die aktuell Europa erreichen, mit den schon hier lebenden Ausgebeuteten und Unterdrückten vereint.



Workshops und Podiumsdiskussion zum 75. Todestag Leo Trotzkis

Samstag, 17. Oktober • Mehringhof, Berlin
volles Programm auf: www.klassegegenklasse.org

Drei Jahre

VON PETER ROBE

Die Besetzung des Berliner Oranienplatzes am 6. Oktober 2012 stellte gemeinsam mit dem „March for Freedom" von Würzburg in die Hauptstadt eine der ersten wichtigen Mobilisierungen der neu aufkommenden Bewegung der Geflüchteten dar. Danach hatte sich der Platz in ein Symbol verwandelt: Als ständiger Ausgangspunkt von Demonstrationen war der dauerhaft besetzte „O-Platz" ein Ort des Kampfes, der Organisierung und der Zusammenführung der Geflüchtetenbewegung.

Doch seit der Räumung des Protestcamps am 8. April letzten Jahres gehen immer weniger Protestaktionen von ihm aus. Der „O-Platz" ist ein Spiegelbild der Bewegung, die sich – geschwächt, isoliert und gespalten – in der Defensive befindet. Gleichzeitig entsteht eine neue Welle der Solidarität aus der Bevölkerung, die sich in zahlreichen „Willkommensinitiativen" ausdrückt.

Kämpferische Bewegung

Die Refugee-Bewegung war über die letzten drei Jahren hinweg die dynamischste demokratische Bewegung in der BRD. Im ganzen Land fanden Protestmärsche statt, die für viele den Bruch der Residenzpflicht beinhalteten, außerdem Hungerstreiks, Platzbesetzungen und Großdemonstrationen.

Eine neue Generation von Aktivist*innen erwuchs aus diesen Kämpfen. Ein wichtiger Ausdruck breiter Solidarität mit den Refugees oder Non-Citizens waren Schul- und Unistreiks. Tausende Jugendliche bestreikten solidarisch ihre Bildungsanstalten für die demokratischen Rechte von Menschen ohne festen Aufenthaltsstatus.

Nichtsdestotrotz klaffte eine Lücke zwischen den demokratischen Forderungen der Bewegung – nach Abschaffung aller Lager, Stopp der Abschiebungen, Bleiberecht für alle und Arbeits-, Bildungs- und Bewegungsfreiheit – und den realen Ergebnissen. Tatsächlich konnten die Bundes- und die verschiedenen Landesregierungen die Bewegung meist mit aller Härte angreifen und ihre Forderungen ignorieren. Zum Anderen nutzten sie die prekäre Situation der Geflüchteten aus und machten magere Versprechen, die sie schließlich nie einhielten, um die Bewegung zu spalten.

Die fehlenden materiellen Erfolge und die enorm schwierige Situation der Geflüchteten führten zu einer Demoralisierung. Mehrere Kämpfer*innen wurden abgeschoben. Die oft radikalen, aber verzweifelten Kampfmaßnahmen offenbarten dabei die strategische Sackgasse, in der sich die Bewegung befand: Ihr war es nicht möglich, die nötige soziale Unterstützung zu gewinnen, um ihre Forderungen gegenüber einer kompromisslosen Regierung durchzubringen.

„Willkommenskultur" und Repression

Dieses Bild der kompromisslosen und repressiven Regierung widerspricht dem Diskurs der herrschenden Klasse nach den rassistischen Ausschreitungen in Heidenau. Die Merkel-Regierung schmückte sich mit Heuchelei von einer „Willkommenskultur", der seinen Gipfel am 5. September in der temporären Grenzöffnung für die in Ungarn gefangenen Geflüchteten fand. Parallel gründeten sich im ganzen Land „Willkommensinitiativen", die die materielle Unterstützung organisierten, die eigentlich vom Staat kommen müsste, der mehr als genug Geld sowohl für Kommunen als auch für Geflüchtete hätte, wenn er wollte. Die Initiativen richteten sich aber nicht gegen diese Instrumentalisierung, geschweige denn gegen die rassistische Politik der deutschen Regierung insgesamt.

Viel schwerwiegender ist jedoch, dass diese angebliche „Willkommenskultur" die harten Kämpfe der letzten Jahre, in denen hunderte Refugee-Aktivist*innen zu Subjekten ihres eigenen Kampfes wurden, negiert und die Geflüchteten wieder zu bittstellenden Objekten degradiert, die für jeden Brotkrumen „dankbar" zu sein hätten. Nicht umsonst kritisierte Innenminister Thomas de Maizière die Geflüchteten scharf: *„Sie streiken, weil ihnen die Unterkunft nicht gefällt, sie machen Ärger, weil ihnen das Essen nicht gefällt, sie prügeln in Asylbewerbereinrichtungen"* – während die Lager vollkomen überfüllt sind, sanitäre Einrichtungen und Toiletten nicht ausreichen, das Personal überfordert und oft rassistsich und das Essen schlecht ist.

Die „Willkommenskultur" hielt nicht lange: Als Reaktion auf die immer stärkere Ablehnung von Merkels Kurs innerhalb der Unionsparteien wurde ein brutales Gesetzespaket geschnürt, das die Lebensbedingungen für die Geflüchteten bis aufs Äußerste angreift, Abschiebungen beschleunigt und das Asylrecht weiter eingrenzt. Einige bürgerliche Politiker*innen fordern aktuell die Aussetzung des Mindestlohns für Geflüchtete. Die bürgerlichen Geier wollen unter dem Label der „Humanität" Migrant*innen als billige Arbeitskräfte überausbeuten.

Doch selbst das ist den rechten Teilen in- und außerhalb der Regierung nicht genug. Befeuert durch die rassistischen Töne aus der Großen Koalition konnten die montäglichen Pegida-Demonstrationen in den letzten Wochen immer wieder zwischen 5.000 und 8.000 Teilnehmer*innen vermelden. Auch die nun offen als politischer Arm der rechten Szene auftretende Alternative für Deutschland (AfD) brachte zu einer Demonstration gegen das Asylrecht und Geflüchtete in Erfurt 5.000 Personen auf die Straße. Unterdessen lassen die rassistischen Gewalttaten, die ungestraft im gesamten Bundesgebiet begangen werden, nicht nach.

Strategische Debatte

Doch wie kann die Geflüchtetenbewegung die rassistischen Asylgesetze zurückschlagen und volle demokratische und soziale Rechte erlangen? Diese Frage geht weit über die – sicherlich notwendige und zu begrüßende – Hilfsbereitschaft der „Willkommensinitiativen" hinaus. Sie behandelt die strategische Aufgabe, eine selbstbewusste Bewegung von Geflüchteten, linken Gruppen, jugendlichen Aktivist*innen, Arbeiter*innen und Gewerkschafter*innen zu schaffen, die diese Rechte gegen die Regierung durchsetzt.

Der Jugend kommt dabei eine wichtige Rolle zu: Sie kann die Kraft sein, die die Forderungen der Geflüchteten in die Bevölkerung hineinträgt. Komitees an Schulen und Universitäten müssen breite Sektoren für diesen Kampf gewinnen. Das gilt für die Organisierung von materieller Hilfe in Form von Kleidung, Unterkunft, Essen und Trinken, wie es schon vielerorts geschieht, bis hin zur Öffnung der Schulen und Universitäten für alle Refugees. Auch die organisierte Selbstverteidigung von Linken und Migrant*innen gegen Nazis steht längst auf der Tagesordnung.

O-Platz

REFUGEES: Am 6. Oktober jährte sich die Besetzung des Berliner Oranienplatzes durch die Refugee-Bewegung zum dritten Mal. In Zeiten der „Flüchtlingskrise" und des rassistischen Terrors ist es überlebensnotwendig, die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen.

In den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass eine Solidarität, die sich auf humanitäre Hilfeleistungen beschränkt, nicht zur Abschaffung der rassistischen Gesetze führt. Die Grenzen des parlamentarischen Wegs, der letztlich auf das Wohlwollen bürgerlicher Regierungen setzt, beweist die Linkspartei in Thüringen. Auch wenn sie den Ministerpräsidenten Bodo Ramelow stellt, hat sie – abgesehen von minimalen Maßnahmen wie dem Winter-Abschiebestopp – keine Verbesserungen für die Lebensbedingungen der Geflüchteten durchgesetzt. Im Gegenteil verzichtete Ramelow bei dem Bund-Länder-Gipfel sogar auf eine Gegenstimme zur Asylgesetzverschärfung, die in diesem Monat durch Bundestag und Bundesrat – mit Unterstützung der Grünen – verabschiedet wird. Und seit Frühling schiebt er ungehört von der linken Öffentlichkeit wieder selbst ab.

Demgegenüber bedarf es einer mächtigen sozialen Unterstützung von der Mehrheit der Bevölkerung, der Arbeiter*innenklasse, die auf der Straße und in den Betrieben mobilisiert.

Geflüchtete und Gewerkschaften

Jedoch machen die Gewerkschaften bisher keine ernsthaften Anstalten, den *status quo* zu verändern. Sie begnügen sich mit Spenden, statt die Geflüchteten als Mitglieder aufzunehmen und gegen das Arbeitsverbot zu kämpfen. Die Gewerkschaftsbürokrat*innen stellen sich, wie aus Sozialpartnerschaft und Standortlogik gegenüber den eigenen Mitgliedern nur zu gut bekannt, auf die Seite des bürgerlichen Staates gegen die unterdrücktesten Teile der Arbeiter*innenklasse: Die Räumung der Geflüchteten aus dem Berliner Gewerkschaftshaus mit polizeilicher Gewalt jährt sich im Oktober 2015 zum ersten Mal. Mehrere Geflüchtete wurden dabei verletzt und von der Bürokratie selbst angezeigt, obwohl sie nur politische Unterstützung und das Recht auf Mitgliedschaft in einer DGB-Gewerkschaft gefordert hatten.

Außerdem produziert die Ausweitung der Prekarisierung rassistische Spaltungen innerhalb der Arbeiter*innenklasse. Menschen ohne Bleiberecht sind oft gezwungen, unter miserablen Bedingungen „illegalisiert" zu arbeiten, da sie von Arbeitsverboten betroffen sind. Eben daher gehören sie zum „untersten und entrechteten" Teil der Arbeiter*innenklasse, wie kämpferische Geflüchtete auf der Pressekonferenz im Berliner DGB-Haus letztes Jahr feststellten. Die Spaltungspolitik dient nur den Kapitalist*innen, die ihre Gewinnrate erhöhen und sich schelmisch über den Rassismus freuen.

Um die Geflüchteten in die Gewerkschaften aufzunehmen, um gemeinsam für volle demokratische und soziale Rechte sowie für das Ende der Prekarisierung zu kämpfen, muss sich in den Gewerkschaften eine klassenkämpferische Bewegung gegen die bürokratischen Führungen formieren. Diese Perspektive ist nicht abgetrennt vom Rest der Gewerkschaftskämpfe, denn auch die Arbeiter*innen bei der Post, im Sozial- und Erziehungsdienst oder bei Opel Bochum wissen wie es ist, von der „eigenen" Bürokratie verkauft zu werden.

Nur eine solche Perspektive der Mobilisierung der Arbeiter*innen, Jugendlichen und Geflüchteten mit einer anti-imperialistischen und anti-kapitalistischen Perspektive kann den Kampf gegen die Regierung mit ihren rassistischen Gesetzen aufnehmen. Der Imperialismus verspricht nur Kriege und Barbarei für die Menschheit. Eine breite anti-imperialistische Kampagne gegen die Militärinterventionen und Waffenexporte ist von zentraler Bedeutung, um gegen die Kriege die internationalistische Einheit der Arbeiter*innen und Unterdrückten aller Länder zu verwirklichen.



*Polizist*innen räumen den Oranienplatz am 8. April 2014*



„Das war

– sagte Angela Merkel beim vierten Bundeskongress der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) in Leipzig. Auch für den wiedergewählten Vorsitzenden Frank Bsirske lief die Tagung wunderbar. Welche Bilanz können kämpferische Arbeiter*innen vom Kongress ziehen?

VON VICTOR JALAVA

Der ver.di-Bundeskongress findet nur alle vier Jahre statt. Nach einem Marathon von Bezirks-, Landesbezirks-, Bundes-, Fachbereichs-, Migrations-, Erwerbslosen-, Frauen-, Jugend-Konferenzen im letzten Jahr kamen vom 20.-26. September 2015 über tausend Delegierte zusammen, um als höchstes Organ der Dienstleistungsgewerkschaft *„die politische Ausrichtung von ver.di für die kommenden vier Jahre zu bestimmen"*.

Bürokratie

Die wichtigsten Aufgaben des Bundeskongresses waren jedoch die Wahlen zum mächtigen (hauptamtlichen) Bundesvorstand und zum (ehrenamtlichen) Gewerkschaftsrat.

Nun darf man sich diese Wahlgänge nicht so vorstellen, dass verschiedene Kandidat*innen vor den Delegierten stehen. Der Gewerkschaftsrat wurde als komplette Liste gewählt. Die Bundesvorstände wurden ohne Gegenkandidat*innen einzeln zur Wahl gestellt. Der Bundeskongress als höchstes Gremium der Gewerkschaft darf nur mit Ja oder Nein stimmen. Der Hintergrund ist die föderale Struktur von ver.di. Aber warum noch dieses Wahltheater veranstalten? Zumindest könnte es einen Kampf um den Gewerkschaftsvorsitz geben. Doch auch „Kollege Frank" (Bsirske) war der einzige Kandidat. Sein Ergebnis von 88,5% bedeutet also nichts weiter, als dass 11,5% der Delegierten schlicht mit „Nein" abstimmten – ohne irgendeine Alternative! Eine bürokratischere Form von Demokratie ist kaum denkbar.

Bürokratisch ist ohnehin das Adjektiv, das den Kongress am besten beschreibt. Nur formell politisch und demokratisch war die Beratung der Anträge. Über 1.300 Anträge lagen zur Beschlussfassung vor! Ein Großteil der Anträge wurde schlicht zu Arbeitsmaterial für Bundesvorstand und Gewerkschaftsrat erklärt. Hunderte Anträge wurden einfach als Block gemäß den Vorschlägen der Antragskommission abgestimmt.

Diesen Kongressablauf darf man nicht für ein Zufallsprodukt einer ansonsten auf Mitgliederbeteiligung orientierten, diskussionsfreudigen Gewerkschaft halten. Diese Form bedeutet nicht nur eine unglaubliche Belastung von Delegierten, die von der Basis kommen, es bedeutet dabei vor allem auch einen Schutz der Bürokrat*innen vor kritischer Auseinandersetzung. In den kurzen Redebeiträgen wurde viel Zeit mit Anekdoten und Oberflächlichkeiten verbracht. *„Bislang war der vierte ver.di-Bundeskongress von Harmoniebedürfnis und Einheit geprägt"*, urteilte Jörg Meyer im *Neuen Deutschland*. Er blieb auch voll unter Kontrolle.

Geflüchtete Kolleg*innen

Nur ein paar hundert Meter vom Kongress entfernt war eine ähnliche Halle zur Unterkunft für fast 2.000 Geflüchtete gemacht worden. Die deutsche „Willkommenskultur" umfasste 36 Toiletten und acht Duschen, schlechtes Essen, Abnahme der Ausweisdokumente, aber keine Informationen, wie es weitergehen soll. Nachdem darauf hingewiesen worden war, wurde zwei Sprecher*innen die Möglichkeit gegeben, auf der Bühne über ihre Probleme zu sprechen. „Human rights, no charity" war das Motto ihrer Protestaktion: Rechte statt milder Gaben. Doch nach den Reden der Geflüchteten verkündete Bsirske unter großem Beifall eine Spende in Höhe von 10.000 Euro für den Einrichtungsträger.

Es gibt einige Refugee-Gruppen, die eine Verbindung zur Arbeiter*innenbewegung gesucht haben. Die Gruppe Lampedusa in Hamburg ist – nicht ohne Kontroverse – ver.di beigetreten. Und fast genau ein Jahr vor dem Kongress wurde die Gruppe *Refugee Struggle vor Freedom* mit Polizeigewalt aus dem Haus des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) in Berlin geräumt. Wo waren solche Stimmen auf dem Kongress? Eine Diskussion über den aufsteigenden Rassismus auf einer Gewerkschafts-Konferenz unter dem Motto „Stärke, Vielfalt, Zukunft", deren nicht-weiße Delegierte man an den Fingern abzählen kann, wäre wichtig gewesen.

Streikrecht

Mit dem Gesetz zur „Tarifeinheit" hat die Große Koalition einen großen Angriff auf das Streikrecht gestartet. Während sich vor allem der Vorsitzende des DGB, Rainer Hoffmann, und die Führung der IG Metall für das Gesetz einsetzten, stellte sich insbesondere ver.di gegen das Gesetz. Der letzte ver.di-Bundeskongress 2011 hatte sich gegen die Tarifeinheit ausgesprochen.

In seiner Rede positionierte sich Frank Bsirske gegen das Gesetz und kündigte unter Beifall Verfassungsbeschwerde an. Dass mit Bundeskanzlerin Merkel, Arbeitsministerin Nahles und DGB-Chef Hoffmann gleich drei Verantwortlichen dieser Attacke auf Arbeiter*innenrechte in Leipzig der rote Teppich ausgerollt wurde, lässt allerdings weiterhin nicht viel von der ver.di-Führung erwarten.

Dass neue Angriffe auf das Streikrecht kommen, ist kein Geheimnis. Bsirske selbst wies auf die Diskussionen hin, das Streikrecht in der „Daseinsvorsorge" massiv einzuschränken. Die Frage des politischen Streikrechts, das man sich konkret nehmen muss, wurde nicht mal besprochen. Auch nicht die jüngste Attacke: Der Streik der Pilot*innengewerkschaft Cockpit wurde verboten, weil Richter*innen der Meinung waren, dem Kampf läge ein verstecktes Motiv zugrunde, das den Streik illegal mache. Der Post-Streik von ver.di hätte nach dieser Logik auch verboten werden können.

Streikdemokratie

Der Post-Streik war eine der bedeutenden Auseinandersetzungen, die ver.di dieses Jahr führte und hat dazu beigetragen, dass die Presse ihr den stolzen Namen „Streikgewerkschaft" anheftete. Die meisten Streiks, insgesamt 1,5 Millionen Streiktage, hat 2015 bisher ver.di zu verantworten. Einen stolzen Anteil an dieser Summe hat der genannte Streik bei der deutschen Post AG, der nicht nur der teuerste je von ver.di geführte Streik ist, sondern auch eine Niederlage darstellt. So sehen das zumindest sehr

wunderbar“

viele betroffene Kolleg*innen, deren Stimmen allerdings auf dem Bundeskongress nicht zu hören war. Stattdessen wurde die verantwortliche Bürokratin Kocsis mit 90,2 % wieder in den Vorstand gewählt.

Dieser Ablauf bedeutet eine zweite Niederlage für die Streikenden, denen schon zu keinem Zeitpunkt ihres Streiks irgendeine Mitsprache zugestanden worden ist. Doch gerade in dieser Frage gibt es im Jahr 2015 gegenteilige Beispiele: Der Arbeitskampf im Sozial- und Erziehungsdienst hätte nach dem Willen von Bsirske und der zuständigen Tarifkommission schon vor dem Bundeskongress mit dem Schlichtungskompromiss ein Ende gefunden. Doch die Strukturen von „Streikdelegierten“ warfen Sand in das Getriebe der bürokratischen Routine. Auch beim politisch äußerst bedeutenden Streik am Berliner Universitätsklinikum Charité gegen den Personalnotstand gibt es ein System von „Tarifberater*innen“, die einen Einfluss auf den Verlauf der Auseinandersetzung haben. Diese zarten Sprösslinge von Streikdemokratie wurden beim Kongress jedoch nicht als Achse der Konfrontation mit der Bürokratie genutzt.

Stattdessen wurde streikpolitische Einigkeit zelebriert. Die Kolleg*innen des Amazon-Konzerns, der auch während des Bundeskongresses bestreikt wurde, hatten einen umjubelten Auftritt auf der Bühne. Doch für eine richtige Diskussion über das weitere Vorgehen in dieser strategischen Auseinandersetzung hatte man keine Ressourcen übrig.

ver.di hat etwa zwei Millionen Mitglieder in vielen, sehr verschiedenen Branchen: vom öffentlichen Dienst über den Handel bis hin zur Medienproduktion. Ein großer Teil derjenigen Arbeiter*innen, die am Stärksten von Prekarisierung betroffen sind, fällt in ihren Zuständigkeitsbereich. *„Aufgrund kleinbetrieblicher Strukturen ist es weitaus schwerer, die betreffenden Belegschaften zu organisieren. Tarifflucht, Betriebsratsmobbing, die Zerlegung und Neustrukturierung zur Umgehung von Mitbestimmung und Tarifverträgen sind an der Tagesordnung. Vor diesem Hintergrund hat die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft keine Wahl: Sie muss kämpfen“*, formulierte es Daniel Behruzi in der *jungen Welt*.

Wobei ver.di oft nicht kämpft, wo gekämpft werden müsste und es einige gewichtige Bereiche gibt, wo Korporatismus und Sozialpartnerschaft fest verwurzelt sind. Doch problematisiert wurde das nicht. Bsirske verkündete stolz, es habe in den letzten Jahren keine Bundesvorstandssitzung ohne Streikbeschluss gegeben. Wo war der massive Protest dagegen, dass ein Vorstand aus vierzehn gutbezahlten Bürokrat*innen über alle unsere Streiks entscheidet?

Opposition

Eine Opposition war beim vierten ver.di-Bundeskongress nicht sichtbar. Der (erfolgreiche) Initiativ-Antrag von linken Gewerkschafter*innen zum SuE-Streik wurde allseits umarmt, die Widersprüche in den Wortmeldungen nicht herausgestellt und der Schluss der Debatte beschlossen. Jene Delegierte, die theoretisch für eine andere Gewerkschaft stehen, waren atomisiert in der Masse. Viele, die sich als linke Kritiker*innen verstehen, befinden sich auch in Abhängigkeiten, die mit ihrer gewerkschaftlichen Position in Verbindung stehen. Wenn sie zu weit gehen, laufen sie sehr schnell Gefahr, dass ihnen in der Folge Steine in den Weg gelegt werden oder sie gar ihre Posten verlieren und das Leben von einflusslosen Malocher*innen oder Arbeitslosen teilen.

Oft sind betriebliche und gewerkschaftliche Positionen von Linken auch unter einem so allgemeinen Programm besetzt worden, dass keine Basis für eine konfrontative Haltung da ist. Das ist der Grund, warum wir international und in Deutschland so vehement für den Aufbau einer antibürokratischen Strömung in den Gewerkschaften eintreten. Eine solche antibürokratische Strömung kann nur durch die einflusslosen Malocher*innen entstehen. Dabei sollten wir die Ergebnisse des vierten Bundeskongresses natürlich so gut wie möglich nutzen, beispielsweise den Beschluss, für „Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich“ zu kämpfen, oder den Aufbau von Jugendaktivenstrukturen. Wir sollten im offenen Kampf gegen die bürokratischen Strukturen alle Möglichkeiten zum Aufbau einer klassenkämpferischen Gewerkschaftsbewegung ausschöpfen. Damit der nächste Bundeskongress völlig anders wird.



„Kollege Frank“ verdient gut 17.000 Euro im Monat.

Sexualität &

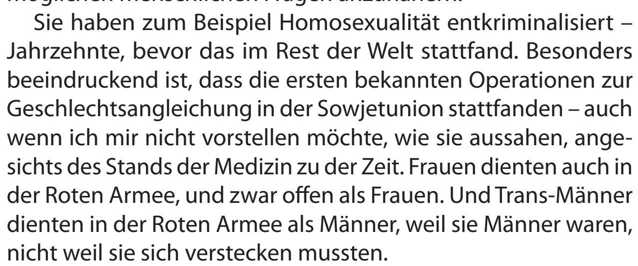
INTERVIEW: Sherry Wolf spricht über die Auswirkungen der Stonewall Riots, LGBT*-Rechte in der frühen Sowjetunion und den Zustand der LGBT*-Bewegung heute. Sherry Wolf lebt in New York und ist Aktivistin, Redakteurin der *International Socialist Review* und Autorin des Buches „Sexuality and Socialism: History, Politics, and Theory of LGBT Liberation".

[…] Du beschreibst in deinem Buch, wie wenig bekannt die emanzipatorischen Errungenschaften der russischen Revolution von 1917 in Bezug auf LGBT*-Rechte sind. Kannst du uns etwas darüber erzählen, wie die Bolschewiki mit LGBT*-Menschen umgingen?



Sherry Wolf

Das ist eine überwältigende Geschichte, über die es sehr viel zu erzählen gäbe. Es ist nicht so, dass die Bolschewiki absolut aufgeklärt in Bezug auf Fragen von Geschlecht oder Sexualität gewesen wären. Es wäre falsch, das zu behaupten. Aber sie haben sich mit der Idee der Befreiung des Menschen beschäftigt und sie waren gegen jede Art von Unterdrückung. Wenn man von diesen Standpunkten ausgeht, eröffnen sich sehr viele andere Themen und Gespräche. Die Ideologie, die die Partei der Bolschewiki vorantrieb, schuf eine Methodologie, die es erlaubt, sich allen möglichen menschlichen Fragen anzunähern.



Sie haben zum Beispiel Homosexualität entkriminalisiert – Jahrzehnte, bevor das im Rest der Welt stattfand. Besonders beeindruckend ist, dass die ersten bekannten Operationen zur Geschlechtsangleichung in der Sowjetunion stattfanden – auch wenn ich mir nicht vorstellen möchte, wie sie aussahen, angesichts des Stands der Medizin zu der Zeit. Frauen dienten auch in der Roten Armee, und zwar offen als Frauen. Und Trans-Männer dienten in der Roten Armee als Männer, weil sie Männer waren, nicht weil sie sich verstecken mussten.

[…] Wenn man sich mit dieser Geschichte beschäftigt, fragt man sich, was alles möglich gewesen wäre, wenn die Träume der Revolution nicht Ende der 20er durch den Aufstieg des Stalinismus zerstört worden wären, der zu einer kompletten Umkehr dieser Politik führte. […]

Heute ist der emblematische Moment für die LGBT*-Befreiung aber nicht die Machteroberung durch die Bolschewiki, sondern die Stonewall Riots von 1969 in New York. Warum war Stonewall so wichtig in den USA und in der Welt?

Der Zeitpunkt, zu dem Stonewall passierte, war wichtig. Es fand damals ein Zusammenfließen der Frauen-, der Anti-Kriegs- und der Black-Power-Bewegungen statt. Es gab Massenmobilisierungen und sogar einen Anstieg von Arbeitskämpfen und eine Radikalisierung von Arbeiter*innen, vor allem von schwarzen Arbeiter*innen im Automobilsektor. Kurze Zeit später traten die Postarbeiter*innen in einen landesweiten Massenstreik.

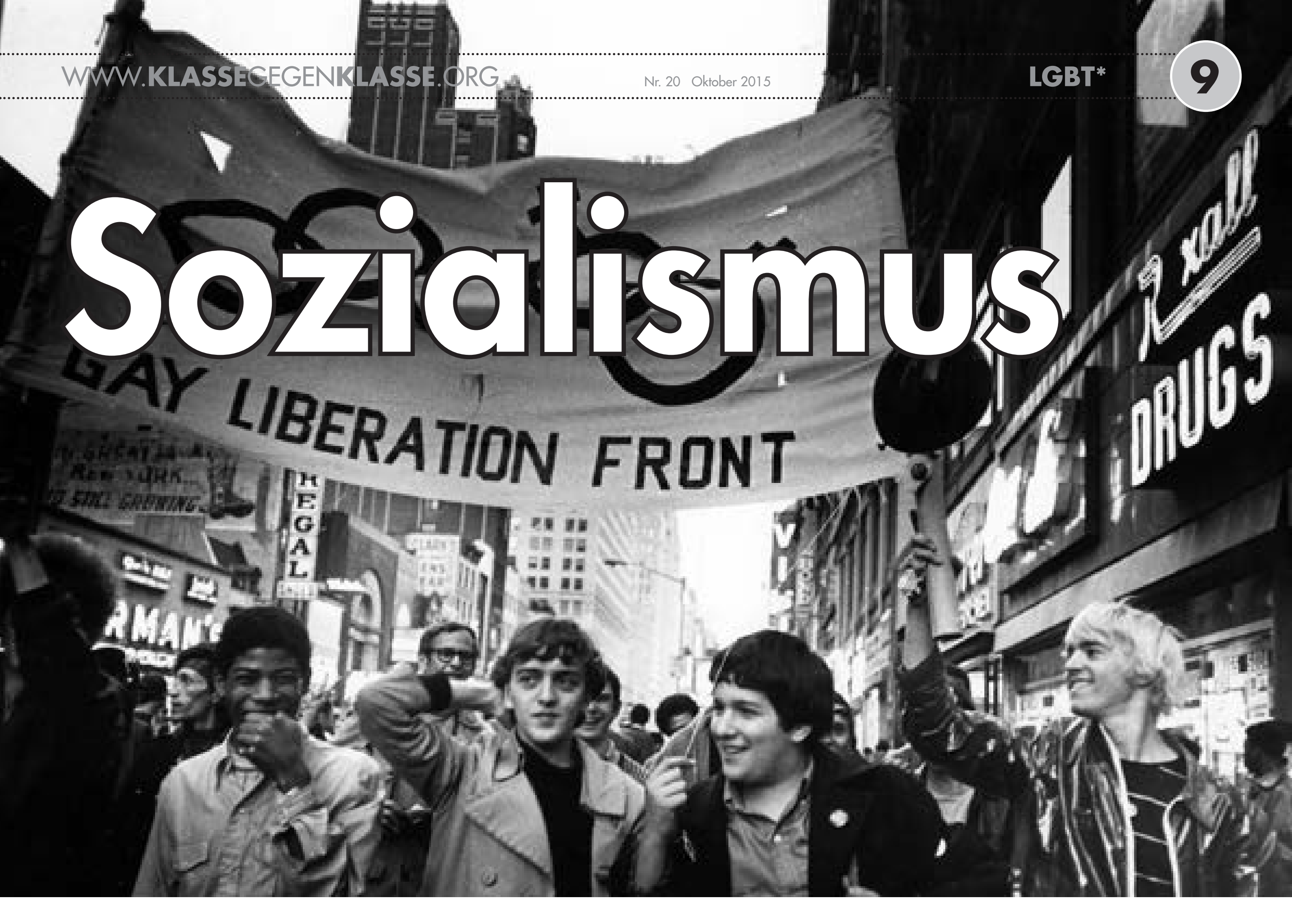
Man muss daran denken, dass Stonewall nicht das erste Mal war, das ein solcher Aufstand stattfand. […] Wir erinnern uns nicht wegen seiner Dauer an Stonewall. Wir erinnern uns daran, weil mehr Menschen als je zuvor involviert waren. Die Black Panthers schickten Leute. Die Young Lords, eine Latino-Version der Black Panthers, und die gesamte US-amerikanische Linke, die eine Seele hatte, schickten Leute zu den Straßenschlachten. Die Nicht-Stalinist*innen und sogar Sektoren der stalinistischen Linken kamen, unterstützten und kämpften mit. So viele Leute, die noch nie über Lesben und Schwule – geschweige denn über Bisexuelle oder Trans-Menschen – nachgedacht hatten, kamen zu den Protesten und beteiligten sich an den Kämpfen gegen die Polizei, die Tage dauerten.

Und die Leute haben sich nach diesen Ereignissen organisiert. Anders als nach anderen tagelangen Straßenprotesten, hatte Stonewall bleibende Folgen. Die Gay Liberation Front (GLF) formierte sich innerhalb von 24 bis 48 Stunden nach dem Ende der Riots. Zu der Zeit waren die USA noch im Krieg mit Vietnam. Die Gay Liberation Front leitete ihren Namen von der Nationalen Befreiungsfront Vietnams, gegen die die US-Regierung kämpfte, ab. Allein der Name war also unheimlich provokant und auch das Manifest der GLF war brillant und radikal. Zum ersten Mal versteckten sich Lesben und Schwule im Kampf für ihre Rechte nicht hinter einer Verteidigungshaltung. Vor Stonewall war die Haltung in der Öffentlichkeit: „Bitte, bitte, bitte, tut uns nicht weh". Nach Stonewall änderte sich das und wurde zu: „Wir sind vollständige menschliche Wesen und ihr werdet uns ab jetzt besser behandeln. Wir haben keine Lust mehr auf euren Scheiß". […]

Wer organisierte sich in der Gay Liberation Front?

Viele der Menschen, die an den Straßenschlachten teilnahmen, lebten auf der Straße. Sie waren von zuhause rausgeschmissen worden oder weggelaufen, weil sie schwul oder lesbisch waren. Da waren Trans-Menschen, Butch-Lesben – Menschen, die „anders" waren, Ausgestoßene. […] Viele dieser Leute organisierten sich in der GLF, sie wurden durch die Umstände ihrer eigenen Leben und ihrer Unterdrückung radikalisiert. Es gab auch Menschen aus der Linken, einige aus der trotzkistischen Linken, die Teil der Socialist Workers Party waren, und aus unabhängigen sozialistischen Gruppen, die durch Students for a Democratic Society radikalisiert worden waren. […]

Sozialismus



Wie ist die heutige Situation von LGBT*-Menschen in den USA?

Mit dem Abschwung der Radikalisierung und der Tatsache, dass viele radikale Aktivist*innen in die Demokratische Partei gingen und sich anpassten, erreichten wir in den 70ern – zumindest in den USA – einen Wendepunkt. Die Forderungen der Aktivist*innen wurden immer bescheidener. Es scheint etwas paradox, denn es outeten sich immer mehr Menschen. Dadurch wurde es in weiten Kreisen der amerikanischen Gesellschaft immer mehr akzeptiert, schwul oder lesbisch zu sein, sogar in der Geschäftswelt. […]

Das heißt nicht, dass die Unterdrückung von Schwulen, Lesben oder Bisexuellen ein Ende gehabt hätte - von Trans-Menschen gar nicht erst zu reden […]. Ich denke, in dem Maße in dem sich mehr Menschen outeten, hat der Kapitalismus einen Weg entwickelt, mit bestimmten Formen von Homosexualität zu leben – allerdings natürlich nicht mit allen.

Es ist wichtig, das zu beachten. Denn es ist nicht so, als ob der Kapitalismus keine „Teile und Herrsche"-Taktiken mehr brauchen würde. Er braucht immer noch die Unterdrückung von Menschen, die ihr Leben auf eine Weise leben, die vom *status quo* abweicht. Der Kapitalismus braucht einen *status quo* und eine Gruppe von Außenseiter*innen, die er auf Grundlage von diesem *status quo* unterdrücken kann. Er hat aber gezeigt, dass er die Fähigkeit hat, bestimmte Lebensweisen, bestimmte Körper und bestimmte Formen von Sexualität zu integrieren.

Auf ähnliche Weise hat die kapitalistische Gesellschaft Raum für Barack Obama geschaffen, auch wenn immer noch die Titelseiten jeder Zeitung und die Straßen jeder amerikanischen Stadt mit den Körpern schwarzer und brauner Männer und Frauen bedeckt sind, die verprügelt und ermordet werden. Unterdrückung und Anpassung können im Kapitalismus nebeneinander existieren. Das sehen wir auch mit der Homo-Ehe. […] Sie wird das Leben vieler Menschen verändern, aber was bedeutet sie für jemanden, der*die arm ist und der Arbeiter*innenklasse angehört, der*die nicht auf eine bestimmte Art aussieht, nicht eine bestimmte Art von Kleidung trägt, oder nicht in einem bestimmten Viertel lebt. Wir haben immer noch kaum Arbeitsschutzrechte. Und Trans-Menschen haben keine Rechte, überhaupt keine. Es ist auch immer noch in der Hälfte der amerikanischen Bundesstaaten legal, dafür gefeuert zu werden, schwul oder lesbisch zu sein.

[…] Die herrschende Klasse hat für eine Oberschicht alle Möglichen Freiheiten geschaffen, während sie ihre Ideologie der Unterdrückung und die Verweigerung vom materiellen Vorteilen für die überwältigende Mehrheit der LGBT*-Menschen fortsetzt. Beides existiert nebeneinander. Wir leben in wahrhaft widersprüchlichen Zeiten.

Aus Stonewall haben sich auch die Pride Parades entwickelt. Heute sind sie Orte für „pinkes Geld" und Konzerne. Was ist passiert?

Ich denke es ist wichtig, sich etwas in Erinnerung zu rufen: Auch wenn es in bestimmten Kreisen möglich ist, sich ohne Probleme zu outen, ist es in den USA immer noch oft kontrovers und schwierig. Für diese Menschen sind Pride Parades immer noch ein Ort, wo sie sie selbst sein können und das feiern können. Wir sollten deshalb aufpassen, nicht zynisch zu werden.

Die Präsenz der Konzerne ist dagegen ein Problem für uns Linke. […] Allerdings gibt es auch eine Gegenbewegung. In New York und anderen Städten gab es zum Beispiel einen Block „Queers for Palestinian Liberation" auf der Pride. […] Im Arbeiter*innenviertel Queens gab es den Block „From Stonewall to Baltimore", der die Themen LGBT*-Befreiung und „Black Lives Matter" zusammengebracht hat. So etwas wird es immer häufiger geben und wir bekommen gute Reaktionen.

Zuerst veröffentlicht auf Portugiesisch auf Esquerda Diário – *Übersetzung: Lilly Freytag – ungekürzte Version auf unserer Website.*

Neue Etappe der

VON PETER ROBE

77 Prozent der Katalan*innen haben sich an den Wahlen zum Regionalparlament am 27. September beteiligt. Die Parteien und Bündnisse, die sich für die Unabhängigkeit aussprachen, sind sehr gestärkt daraus hervorgegangen. Das spanische Regime lässt schwere Kaliber gegen das Selbstbestimmungsrecht auffahren, während sich die strategischen Grenzen der Unabhängigkeitsbewegung zunehmend aufzeigen.

Klare Sieger*innen

Vor den Wahlen hatte Artur Mas, der amtierende Präsident und Vorsitzende der bürgerlichen Partei Demokratische Konvergenz Kataloniens (CDC), angekündigt, dass sie weit mehr als nur eine normale Stimmabgabe, sondern ein Volksentscheid über die Unabhängigkeit Kataloniens werden würde. Dafür gründete er die Koalition „Gemeinsam für das Ja" *(Junts pel Sí)*, bestehend aus CDC, der links-republikanischen ERC und sozialen und kulturellen Organisationen.

Das Wahlprogramm dieser Plattform enthält den Plan, mittels des Aufbaus staatlicher Strukturen (Verfassung, Polizei, Sozialhilfe und Gesundheitssystem, Diplomatie, Bankensystem, Geheimdienst, etc.) innerhalb von 18 Monaten die Gründung eines eigenes unabhängigen Staates zu erreichen – nach Verhandlungen mit dem Zentralstaat. Dieser Plan spaltete die regierende Konvergenz und Union (CiU), die seit dem Ende der Franco-Diktatur fast durchgängig die Autonomieregion im Nordosten des Spanischen Staates regierte, in die bürgerliche CDC, die die Unabhängigkeit befürwortet, und die konservative Demokratische Union Kataloniens (UDC), die den Zentralstaat verteidigt.

Doch trotz der ausgelösten Regierungskrise hatte Mas' Schachzug zwei gute Gründe: Auf der einen Seite wollte er sich den Wahlsieg sichern, da die Forderung nach Selbstbestimmung unter den katalanischen Massen sehr beliebt ist. Währenddessen wird gegen die Sozialpolitik von Mas, die aus Repression und Prekarisierung besteht, protestiert. Auf der anderen Seite bleibt Mas damit seiner Politik seit dem Ausbruch der demokratischen Massenbewegung 2012 treu: sich an die Spitze der Unabhängigkeitsbewegung zu stellen, um sie kontrollieren und wenn möglich abschwächen zu können. Dieser Plan ging auf: Mit 40 Prozent und 62 Abgeordneten lagen Mas und seine Koalition weit vor allen anderen Parteien und konnten sich als Schlachtpferd im Kampf für die Unabhängigkeit beweisen.

Mas verhinderte die Ausweitung der Mobilisierung und setzte zu jedem Zeitpunkt auf Verhandlungen mit der konservativen Regierung aus Madrid. Er will die Bewegung so lange hinhalten, bis einige Zugeständnisse ausreichen, um den „Prozess" für beendet zu erklären. Gleichzeitig ist er der „beste Schüler" der konservativen „Volkspartei" PP und der Troika, wenn es um die Durchsetzung von Spardiktaten und Kürzungen geht.

Gegenoffensive

Für das spanische Regime ist die demokratische Massenbewegung, die am katalanischen Nationalfeiertag Demonstrationen mit bis zu 1,7 Millionen Teilnehmer*innen organisierte, ein riesiger Dorn im Auge. Denn gemeinsam mit der Infragestellung der Monarchie greift sie einen wichtigen Pfeiler des 1978 entstandenen zentralistischen Regimes an. Aktuell spüren die Herrschenden in Madrid keine Bedrohung durch die Möglichkeit eines echten Bruchs des Spanischen Staates, sondern positionieren sich vielmehr für die kommenden Verhandlungen. Trotzdem starteten sie vor den Wahlen erneut eine offensive Kampagne gegen den Unabhängigkeitsprozess, an dem sich die gesamte spanische Elite beteiligte.

Vom sozialdemokratischen Ex-Ministerpräsidenten Felipe González über die obersten Verfassungsrichter bis hin zum König Felipe hetzten alle vor den Wahlen am 27. September. Auch die katholische Kirche tritt für die Einheit Spaniens ein. Doch an vorderster Front steht die PP-Regierung und ihr Ministerpräsident Mariano Rajoy. Er trug die Kampagne sogar auf die internationale Ebene und holte sich die Unterstützung des US-Präsidenten Obama, des französischen Präsidenten Hollande, des britischen Premier Cameron, des EU-Kommissions-Präsidenten Juncker und der deutschen Bundeskanzlerin Merkel. Damit hat der reaktionäre spanische Nationalismus die Unterstützung der wichtigsten imperialistischen Staats- und Regierungschefs gewiss.



Dies macht sich Rajoy zu nutze, um eine Reihe neuer Gesetze zu erlassen, die ein direktes Eingreifen in die Autonomie Kataloniens ermöglichen. Dazu gehört das neue „Gesetz zur Sicherheit der Bürger", das der Zentralregierung die Übernahme der Kontrolle über jede autonome Regierung „im Interesse der nationalen Sicherheit" ermöglicht. Der spanische Verteidigungsminister drohte schon mit dem Einsatz des Artikels 155 aus der Verfassung, der bei schweren Verstößen gegen die geltende Rechtsordnung die Absetzung des katalanischen President und die Suspendierung des Regionalparlaments vorsieht.

Die Vertreter*innen dieser Politik kamen bei den Wahlen auf zusammengerechnet 40 Prozent. Zu ihnen zählt der katalanische Ableger der

Unabhängigkeitsbewegung

KATALONIEN: Eine demokratische Bewegung kämpft seit 2012 mit massiven Demonstrationen für das Recht auf nationale Selbstbestimmung. Die Wahlen zum Regionalparlament am vergangenen 27. September waren eine Abstimmung über die Unabhängigkeit.

regierenden Volkspartei (PPC), die mit nur acht Prozent eine herbe Niederlage einfuhr. Auch die Sozialdemokratie (PSC) als Teil dieses Lagers musste Verluste hinnehmen und kam auf 13 Prozent. Der große Sieger der Wahlen aus dem Lager der Unabhängigkeits-Gegner*innen waren die ultra-konservativen und spanisch-nationalistischen Bürger *(Ciudadanos)*, die mit 18 Prozent Dritter wurden.

Direkt nach den Wahlen zeigte die herrschende Klasse erneut ihre Muskeln: Das Oberste Justizgericht von Katalonien klagte Mas wegen Amtsmissbrauch beim Volksentscheid vom 9. November an, an dem sich mehr als zwei Millionen Katalanen beteiligten. Es ist allerdings nur eine Warnung an Mas, damit er die Bewegung auf die Verhandlungsebene bringen und dabei die Hoffnungen von Millionen ersticken kann. Sie verhindern, dass Mas einen unerwarteten Linksschwenk vornimmt oder jemand anderes die Kontrolle über den Prozess bekommt. Mas wiederum kann diese Frontalangriffe auf den „Prozess" als Ausrede benutzen, warum nicht mehr herauszuholen ist. Tatsächlich macht diese Klage erneut deutlich, dass es eine Illusion ist, durch Verhandlungen das Selbstbestimmungsrecht zu erlangen.

Reformismus im Rückgang

Der große Verlierer war das reformistische Wahlbündnis „Katalonien, Ja wir können!" *(Catalunya sí que es pot)*, zusammengesetzt aus Podemos, der eurokommunistischen ICV-EUIA und den Grünen *(Equo)*, das nur neun Prozent und elf Sitze zusammenbringen konnte. Bei den Wahlen vor drei Jahren konnte ICV-EUIA alleine 13 Sitze gewinnen. Sie wollten den Wahlerfolg des Bündnisses „Gemeinsam Barcelona" *(Barcelona en comú)* aus Podemos, der Vereinten Linken (IU), Equo und zahlreichen Basisinitiativen wiederholen, dessen Vorsitzende Ada Colau in Barcelona zur Bürgermeisterin gewählt wurde. Sie hatten bei ihrem Wahlkampf die nationale Frage vollkommen außen vor gelassen und soziale Forderungen in den Mittelpunkt gestellt.

Das Selbstbestimmungsrecht soll ihrer Meinung nach in einem verfassungsgebenden Prozess im ganzen Spanischen Staat diskutiert und von der nächsten Zentralregierung angestoßen werden. Diese Haltung setzt auf die Legitimität des Zentralstaates und bindet den „Prozess" an dessen Gesetze. Pablo Iglesias, der Generalsekretär von Podemos, hat die Unabhängigkeit als eine „Idee der Oligarchie" bezeichnet. In diesem Sinne rechtfertigte er die Niederlage auch durch den „Staatsgeist" des Wahlbündnisses. Sein wirkliches Ziel ist es, Präsident einer neuen Regierung zu werden, die Katalonien als Teil des Spanischen Staates behält und sich damit als bester Garant des Regimes beweist.

Unterschiedliche Perspektiven

Die zweite Partei, die klar für das Selbstbestimmungsrecht Kataloniens eintritt, ist die antikapitalistische Kandidatur der Volkseinheit (CUP). Ihr Wahlprogramm besteht aus einer einseitigen Unabhängigkeitserklärung und dem Ungehorsam gegenüber der spanischen Legalität, verbunden mit einem sozialen Notprogramm, das von der Nicht-Zahlung der Schulden ausgeht. Im Rathaus in Barcelona sind sie die einzige Kraft, die das regierende Wahlbündnis Barcelona en comú von links für ihre „freundliche" Verwaltung der kapitalistischen Metropole kritisiert. Das erklärt das gute Abscheiden der CUP: Mit acht Prozent und zehn Abgeordneten konnten sie ihr Wahlergebnis von 2012 mehr als verdoppeln und sieben neue Sitze im Parlament erringen.

Gleichzeitig behält die CUP ihre strategische Konzeption der „Volkseinheit", also der Einheit der Arbeiter*innenklasse und der Unterdrückten mit Vertreter*innen der Großbourgeoisie und des Kleinbürgertums in der nationalen Frage bei. Das drückte sich in den letzten Jahren darin aus, dass sie die Führung der Unabhängigkeitsbewegung durch Artur Mas und die CDC nicht in Frage stellten und sich als linker Flügel des Unabhängigkeitsblocks präsentierten. Ihre Anführer*innen bestehen darauf, dass man einen Teil der Bourgeoisie benötigt, um den Abtrennungsprozess zu legitimieren.

Nach den Wahlen kommt ihnen eine entscheidende Rolle zu: Dem Bündnis Gemeinsam für das Ja fehlen zwei Stimmen, um Mas zum President zu wählen. Die CUP lehnt dies bisher ab und fordert eine „Regierung der Zusammenarbeit" unter einem unabhängigen Präsidenten, also die „nationale Einheit" unter Führung der Bourgeoisie auf Grundlage der einseitigen Unabhängigkeitserklärung und einem sozialen Notprogramm. Doch schon in den Tagen vor der Wahl ruderten sie im Inhalt dieser beiden Punkte zurück: Die neue Regierung könne mit dem Spanischen Staat verhandeln und ein soziales Notprogramm müsse nicht die Streichung aller Schulden beinhalten.

Mas und die Vertreter*innen der katalanischen Bourgeoisie haben die Bewegung in eine strategische Sackgasse gefahren. Nur durch die Kraft der mobilisierten Arbeiter*innen, Jugendlichen und aller Unterdrückten ließe sich die einseitige Unabhängigkeitserklärung und ein soziales Notprogramm durchsetzen. Wenn sich die CUP als alternativer Pol der Klassenunabhängigkeit präsentiert, kann den Prozess der sozialen Mobilisierung im Kampf für das tatsächliche Recht auf Selbstbestimmung mit einer antikapitalistischen Perspektive verbinden.

Syriza vs. FIT:

Klassenkollaboration oder Klassenunabhängigkeit?

NEOREFORMISMUS: Syrizas Kapitulation vor der Troika bringt das Scheitern des Neoreformismus zum Ausdruck. Angesichts des Debakels der "breiten Parteien" zeigt die Front der Linken und der Arbeiter*innen (FIT) in Argentinien eine konkrete revolutionäre Alternative.

VON STEFAN SCHNEIDER

Die internationale Linke steht nach den Ereignissen der letzten Monate in Griechenland vor dem Scherbenhaufen ihrer eigenen Politik. Der Neoreformismus an der Macht hat in Rekordzeit die Hoffnungen von Millionen enttäuscht, ohne dass die Linke innerhalb und außerhalb von Syriza auch nur ansatzweise in der Lage gewesen wäre, diesem Prozess etwas entgegenzusetzen. Daraus müssen dringend Lehren gezogen werden.

Keine Gegenwehr

Als Alexis Tsipras ein neues Sparpaket unterzeichnete, erwies sich der linke Flügel von Syriza als völlig unfähig, dieser Kapitulation vor den Interessen des europäischen Kapitals Einhalt zu gebieten. Als „loyale Opposition" innerhalb der Regierung, der sie mit mehreren Minister*innen selbst angehörte, trug die „Linke Plattform" monatelang die Regierungspolitik mit. Ihren Widerstand gegen die Sparpolitik drückte sie nur im Zentralkomitee von Syriza aus. Das war aber schon lange nicht mehr in der Lage, Einfluss auf die reale Politik der Partei zu nehmen. Außerhalb des Parlaments organisierte sie keine Massenproteste gegen das Memorandum.

Als Tsipras ihr mit der Ankündigung von Neuwahlen keine andere Möglichkeit mehr ließ, verließ die Linke Plattform die Partei und gründete gemeinsam mit anderen linken Kräften die „Volkseinheit" (Laiki Enotita, LAE). Diese Formation will zurück zur „Syriza der Ursprünge", also zu einem „konsequenteren" neoreformistischen Programm. Gleichzeitig schlägt sie einen „geordneten" Austritt aus dem Euro vor: Durch Währungsabwertung und Lohnverfall soll die kapitalistische Wirtschaft Griechenlands eine erneute Wettbewerbsfähigkeit erlangen, auf Kosten der Kaufkraft von Lohnabhängigen.

Dieser „Plan B" findet bei verschiedenen reformistischen Formationen großen Anklang, als erstes Anzeichen eines neuen „linken Souveränismus" in Europa. Gleichwohl gehörte LAE zu den großen Verlierern der griechischen Wahlen: Hatten sie als Teil von Syriza noch 25 Parlamentssitze, stehen sie nun ohne Abgeordnete da, nachdem sie die Drei-Prozent-Hürde nicht überwinden konnten. Letztlich schlägt LAE nichts weiter vor als eine andere Variante der Klassenkollaboration, die in Griechenland schon längst zur Katastrophe geführt hat.

Strategie gescheitert

Das Debakel des Neoreformismus an der Macht und des Versuchs seiner „Erneuerung" durch LAE muss eine fundamentale Lehre für die Arbeiter*innen und die Jugend in ganz Europa sein. Jede Vorstellung, dass die europäischen „Partner*innen" unter Verhandlungsdruck gesetzt werden könnten, um die Austerität abzumildern, ist gescheitert. Damit scheiterte auch die Strategie, auf institutioneller Ebene graduelle Verbesserungen durchzusetzen. Der Aufstieg von Syriza war gleichbedeutend mit der Demobilisierung der Arbeiter*innen und der Jugend – nur die hätten aber der Troika etwas entgegensetzen können.

Es gab auch viele linke, antikapitalistische Strömungen, die in der ein oder anderen Form „kritisch" Syriza unterstützten, während diese Partei an der Regierung war. Nach der Kapitulation von Tsipras und Co. schwenkten die meisten auf eine Unterstützung für LAE um, häufig ohne eine selbstkritische Bilanz. Die Debatte über die Möglichkeit eines „linken Grexit", die zur Zeit in der deutschen Linken stattfindet, ist Ausdruck eines tiefen Missverständnisses. Diese Sektoren haben nicht verstanden, dass das Problem nicht eine zu große EU-Nähe von Syriza war, sondern ihre Weigerung,



*Nicolás del Caño (Mitte) diskutiert bei einer Fernsehdebatte gegen alle Kandidat*innen der Bourgeoisie.*

eine Einheitsfront der Arbeiter*innen und Jugend aufzubauen, die auf der Straße, in den Betrieben, Unis und Schulen gegen die Austerität kämpfen könnte.

Viele wenden ein, dass mehr eben nicht möglich war. Die Kräfteverhältnisse hätten nicht ausgereicht, um die Troika zurückzuschlagen. Nicht nur die Syriza-Führung argumentiert so, sondern auch große Teile der radikalen Linken haben in den vergangenen Monaten auf eine Strategie des „Möglichen" gesetzt, die aber tatsächlich von Anfang an unrealistisch war. So ist die „Linksregierung" nicht einfach nur gescheitert: Die jetzige Situation ist schlimmer als vor ihrem Amtsantritt. Und weil eine schlagkräftige Alternative fehlte, resignieren nun viele. Einige beginnen sich sogar der extremen Rechten anzuschließen. Zwar ist die Neonazi-Partei Goldene Morgenröte noch nicht so weit, eine faschistische Massenpartei zu werden, aber der Weg dahin scheint nicht mehr weit – zumindest, falls es nicht gelingt, jetzt eine schlagkräftige Alternative aufzubauen, die unabhängig von allen bürgerlichen Varianten ist.

Welche Alternative?

Dass es nicht nur notwendig, sondern auch möglich ist, eine politische Kraft mit Masseneinfluss aufzubauen, die ein konsequentes Programm der Klassenunabhängigkeit erhebt, zeigt die „Front der Linken und der Arbeiter*innen" (FIT) in Argentinien.

Zum ersten Mal trat diese Front, die aus drei trotzkistischen Organisationen besteht (die „Partei Sozialistischer Arbeiter*innen" PTS – die Schwesterpartei von RIO –, die „Arbeiter*innen-Partei" PO und die „Sozialistische Linke" IS), 2011 zu den Wahlen an, bereits 2013 erreichte sie 1,2 Millionen Stimmen. Das tat sie mit einem Programm, welches auf die Kämpfe der Unterdrückten setzt: gegen alle Kürzungen, für demokratische Rechte, für das uneingeschränkte Recht auf Abtreibung, für die Verstaatlichung der Industrie und des Bankensystems unter Arbeiter*innen-Kontrolle, für das Verbot von Entlassungen und die entschädigungslose Enteignung von Betrieben, die schließen oder Massenentlassungen durchführen. Vor allem tritt die FIT ein für die Selbstorganisation der Arbeiter*innen und Unterdrückten in der Perspektive einer Arbeiter*innen-Regierung und des Bruchs mit dem kapitalistischen System.

Alle Präsidentschaftskandidat*innen für die Wahl im Oktober stehen für eine Abwälzung der Krise auf die Arbeiter*innen und Armen. Alle – bis auf einen: Nicolás del Caño, Präsidentschaftskandidat der PTS und der FIT. Im Gegensatz zu den Parteien der Bourgeoisie stützt sich die FIT ausschließlich auf die Arbeiter*innen und Unterdrückten. Dies steht im Gegensatz zu den Erfahrungen der neoreformistischen Parteien Syriza und Podemos, welche von Beginn an auf Zusammenarbeit mit angeblich „fortschrittlichen" Teilen der Bourgeoisie orientierten und deswegen nur bestimmte Kürzungen ablehnten.

Für ein Programm der Klassenunabhängigkeit!

Bedeutsam ist, dass die PTS in der Vorwahlkampagne zu den Präsidentschaftswahlen mehr als 1.500 Kandidat*innen aufgestellt hat, von denen ein Großteil Industriearbeiter*innen sind, viele von ihnen jung und in prekären Verhältnissen. Sie verkörpern die Idee, dass die Arbeiter*innen ihre politischen Interessen selbst vertreten können und dafür keine bürgerlichen Vertreter*innen brauchen. Diese Kandidat*innen verteidigen die Interessen ihrer Klasse auf der Straße, im Betrieb sowie in den Parlamenten. 60 Prozent der Kandidat*innen auf den Listen der PTS sind weiblich.

Innerhalb der FIT gibt es bis heute eine Reihe von wichtigen strategischen Debatten, die auch bei den Vorwahlen im August ausgefochten wurden. PO und IS, die bei den Vorwahlen gegen die PTS kandidierten, beharrten auf der Idee, ohne politische Diskussion die FIT um Gruppen zu erweitern, die strategische Differenzen mit dem sozialistischen Programm haben und in vielen Fällen „progressive" bürgerliche Regierungen wie die von Evo Morales in Bolivien oder Nicolás Maduro in Venezuela unterstützten. Die PTS stellte demgegenüber klar, dass eine Stärkung der FIT nicht durch Abkommen mit Organisationen stattfindet, die das Programm der Klassenunabhängigkeit verwässern, sondern durch eine starke Verankerung in der Arbeiter*innenbewegung und den kämpferischen Sektoren der Jugend-, Frauen- und LGBT*-Bewegung. Diese Strategie siegte bei den internen Vorwahlen der FIT, wo die PTS die Mehrheit der Stimmen gewann.

Die Erfahrung der FIT und vor allem der PTS widerspricht damit der Hypothese von vielen Organisationen der Linken, die der Meinung sind, dass es zum „Erreichen der Massen" nötig sei, das revolutionäre Programm zu Gunsten des Aufbaus „breiter Parteien" zu verstecken oder zu verwässern. Die bisherige Erfahrung der FIT zeigt demgegenüber auf, dass ein Programm der Klassenunabhängigkeit in der Perspektive eines Bruchs mit dem Kapitalismus einen Masseneinfluss erlangt, wenn es die konkrete Unterstützung der Kämpfe von Unterdrückten bedeutet. Dafür treten wir ein.



Kurzinterview mit Nicolás del Caño

Was unterscheidet die FIT von anderen linken Wahlfronten wie Syriza in Griechenland?

Die FIT ist ein politisches Bündnis, welches sich für eine antikapitalistische und sozialistische Perspektive zur Bildung einer Regierung der Arbeiter*innen einsetzt.

Was soll das heißen? Wir wollen keine „weiche Linke" wie es Syriza in Griechenland ist, die vor der Troika in die Knie fällt. Während die arbeitende Bevölkerung die Sparauflagen in einem Referendum zurückgewiesen hat, haben Tsipras und Syriza ein neues Memorandum unterschrieben. Die darauf folgende Spaltung von Syriza ist die Folge ihrer versöhnlichen Politik mit den Interessen der Großunternehmen, des deutschen Kapitals und der Troika.

Die FIT möchte eine Regierung der Arbeiter*innen schaffen, die sich niemals mit den Interessen der Unternehmen versöhnen kann. Weder mit nationalen noch multinationalen Unternehmen. Mit keinen Kapitalist*innen, keinen Banken oder Großgrundbesitzer*innen.

Deswegen ist unsere Perspektive klar: Nur durch Kämpfe der Arbeiter*innenklasse und der organisierten Massen auf der Straße werden wir ein Programm durchsetzen, welches die Kapitalist*innen enteignet. Syriza hat nicht versucht, die Ausbeuter*innen – die großen Banken und Kapitalist*innen – zu enteignen.

Die Arbeiter*innen müssen ihre eigene Antwort auf die Krise geben. Und genau das macht die Front der Linken und Arbeiter*innen.

Interview: Lucho Espinoza Gonzales

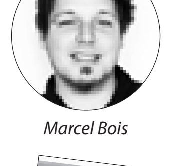
Wozu dient die Einheitsfront?

GESCHICHTE: Eine Debatte mit Marcel Bois, Autor eines Buches über die Linke Opposition der KPD.



VON WLADEK FLAKIN

Im ersten Teil der Rezension von „Kommunisten gegen Hitler und Stalin" haben wir die detailreiche Arbeit des jungen Historikers über die Linke Opposition der KPD gelobt. Dabei stellt sich die Frage: Was können Revolutionär*innen heute aus den vielfältigen Erfahrungen der linken Kommunist*innen lernen? Hier müssen wir ein bisschen mit dem Genossen polemisieren – es wäre nicht im Sinne der debattierfreudigen Strömungen der Linken Opposition, Kritikpunkte an diesem lesenswerten Buch zu verheimlichen.



Marcel Bois



Kommunisten gegen Hitler und Stalin. Die Linke Opposition der KPD in der Weimarer Republik. Klartext Verlag, Essen 2014. 613 Seiten.

Die Einheitsfront

Als die beiden großen Parteien der Arbeiter*innenbewegung, SPD und KPD, Anfang der 30er Jahre jede gemeinsame Aktion gegen die Nazi-Schlägertrupps ablehnten, war es eine zentrale Leistung der Linken Opposition, für eine antifaschistische Einheitsfront zu kämpfen. Doch Bois' Darstellung der Einheitsfront ist nicht ohne Probleme.

Leo Trotzki, dessen Broschüren für die Einheitsfront große Verbreitung fanden, ging es in erster Linie darum, die Bastionen der Arbeiter*innenbewegung gegen faschistische Übergriffe zu schützen. Diese defensiven Aktionen würden Mitglieder aus KPD und SPD mit parteilosen Arbeiter*innen zusammenbringen. Dadurch würden auch Organe der Selbstorganisierung entstehen: antifaschistische Komitees in den Fabriken und Wohnvierteln, genauso wie in den Städten und im ganzen Reich. *„Jeder Betrieb muß ein antifaschistisches Bollwerk werden, mit eigenen Kommandanten und eigenen Kampfmannschaften."*[1]

Plastisch schrieb Trotzki: *„Ihr habt den Berliner Sowjet der Arbeiterdeputierten"*, sobald die Einheitsfront in der Reichshauptstadt zusammentritt. Ein solcher „Sowjet" (das russische Wort für „Rat") würde sich nämlich nicht auf antifaschistischen Selbstschutz beschränken, sondern für alle Forderungen der Arbeiter*innen kämpfen. Bei dieser „sowjetischen Strategie" Trotzkis ging es darum, die Grundlage für eine revolutionäre Regierung der Arbeiter*innen zu schaffen.

Denn der Faschismus fiel nicht vom Himmel: Die Kapitalist*innen brauchten die Nazis im Rahmen der Weltwirtschaftskrise, um die Errungenschaften der Arbeiter*innen zu vernichten. Hitler konnte nur durch den Sturz des Kapitals endgültig besiegt werden. Eine revolutionäre kommunistische Partei würde also den Kampf gegen Hitler nutzen, um die Mehrheit der Arbeiter*innen für eine revolutionäre Perspektive zu gewinnen. Trotzki nannte diese Politik eine *„aktive Verteidigung mit der Perspektive eines Übergangs zur Offensive"*.[2]

Nur defensiv?

Deswegen ist es erstaunlich, dass der Genosse Bois die Politik der Einheitsfront als rein defensives Abkommen auslegt – den einzigen Verweis auf ein offensives Moment verbannt er buchstäblich in eine Fußnote (S. 354, Anm. 42). Deswegen kann er zum Beispiel nicht verstehen, warum die Linke Opposition nicht mit den „rechten" Kommunist*innen unter Brandler und Thalheimer, die ebenfalls für eine Einheitsfront von SPD und KPD eintraten, zusammengehen konnte (S. 371). Doch für Trotzki und seine Mitstreiter*innen ging es nicht um eine Einheitsfront als Selbstzweck, sondern als eine Forderung im Rahmen eines Aktionsprogramms, das die KPD zurück auf einen revolutionären Kurs bringen sollte. Aus diesem Grund konnten sie keine Einheit mit „Rechten" bilden, die trotz taktischer Kritikpunkte die stalinistische Führung in der Sowjetunion unterstützten.

Bois klingt die Einheitsfrontpolitik eher so: *„Mit Kampagnen die Wirklichkeit verändern"* (so der Titel eines Workshops von Bois mit Bernd Riexinger, dem Vorsitzenden der Linkspartei). So wird die Einheitsfront zu einem Kampagnenvorschlag von einer reformistischen Partei (LINKE) an eine andere (SPD) – und nicht als taktisches Mittel von Revolutionär*innen, um den Einfluss von reformistischen Bürokrat*innen durch gemeinsame Aktionen zu bekämpfen. Trotzki meinte, diese Politik könne *„nur von einer kampferprobten revolutionären Partei geführt"*[3] werden – aber dieser Gedanke fehlt bei Bois, der selbst Mitglied der Linkspartei ist.

Dabei zeigt die Politik der Einheitsfront doch, wie Revolutionär*innen heute mit der Linkspartei umgehen sollten: Nicht etwa durch eine „kampagnenorientierte" Mitarbeit in ihr, sondern durch gemeinsame Aktionen, verbunden mit permanenter und schonungsloser Kritik.

Totalitarismus

Der Titel von Bois' Buch, der Hitler und Stalin in eine Reihe setzt, ist denkbar unglücklich gewählt. Denn ein zentrales Element der herrschenden Ideologie im heutigen Deutschland ist die „Totalitarismustheorie", die Faschismus und Stalinismus gleichsetzt, um die bürgerliche Demokratie als einzige Alternative zur Diktatur zu präsentieren.

Für Trotzki dagegen war es natürlich klar, dass Hitler und Stalin von der Form her viele Ähnlichkeiten aufwiesen: Der „Generalsekretär" wurde von offizieller Seite genauso mystifiziert wie der „Führer". Doch der gesellschaftliche Inhalt beider Systeme war geradezu entgegensetzt: Hitlers Regime schützte die Bourgeoisie und vermehrte ihr Kapital um ein Vielfaches – Stalins Regime dagegen basierte auf der Enteignung des Kapitals durch die Oktoberrevolution von 1917. Auch wenn Stalins Bürokratie die Arbeiter*innenräte bereits entmachtet hatte, blieben die Produktionsmittel in Händen des Staates, der die Bourgeoisie weiterhin niederhielt.

Bois' Geschichte der Linken Opposition bietet viele wichtige Lehren für RevolutionärInnen heute. Doch Bois selbst zieht manchmal die falschen, opportunistischen Schlussfolgerungen aus seiner Arbeit.

Ein Interview mit Marcel Bois steht online.

1. Leo Trotzki: Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen?
2. Leo Trotzki: Die Tragödie des deutschen Proletariats. In: Ebd.: Porträt des Nationalsozialismus. Essen 1999
3. Leo Trotzki: Was nun? Kapitel 13: Streikstrategie.

➲ Fortsetzung von Seite 16

Im Machtkampf innerhalb von Syriza hatten die Wahlen gleich einen doppelten Effekt: Tsipras konnte sich nicht nur des linken Flügels seiner Partei entledigen, sondern sie auch noch aus dem Parlament werfen. Die 25 abtrünnigen Abgeordneten von Syriza, die gemeinsam mit anderen linken Kräften die „Volkseinheit" (Laiki Enotita, LAE) gründeten, konnten die 3-Prozent-Hürde nicht überwinden und stehen nun ohne Parlamentssitze da.

Trotz der Fragmentierung gehören nun fast 90 Prozent der 300 Abgeordneten des Parlaments Parteien an, die für die Anwendung der Austeritätspläne gestimmt haben, die die Gläubiger*innen (Europäische Union, Internationaler Währungsfonds und Europäische Zentralbank) von Griechenland verlangen. Die einzigen, die außerhalb dieses „europäistischen" Konsens' stehen, sind die KKE von links und die Nazis der Goldenen Morgenröte von rechts.

Die radikale Linke, die sich im Bündnis von Antarsya und EEK konzentrierte (für welche die Trotzkistische Fraktion trotz politischer Differenzen zur Wahlunterstützung aufrief), erreichte eine bescheidene Stimmenanzahl.

Merkel erfreut

Die Anführer*innen der Europäischen Union begrüßten erleichtert den Triumph von Tsipras, auch wenn sie statt ANEL lieber PASOK und To Potami als Koalitionspartner*innen von Syriza oder sogar eine „Regierung der Nationalen Einheit" gemeinsam mit ND gesehen hätten. Sie haben gerade noch ausreichend protestiert, damit ihre Position klar blieb. Vielleicht werden sie in den kommenden Monaten noch ihre Wünsche erfüllt sehen. Jedenfalls ließen sie Tsipras keine Zeit zum Feiern, sondern forderten ihn sofort auf, sich an die Arbeit zu machen, um die zugesagten Versprechen des dritten „Rettungspakets" zu erfüllen, die nicht gerade klein sind.

Vor Ende des Jahres muss die neue Syriza-Regierung die parlamentarische Zustimmung für 80 Prozent der Maßnahmen des dritten Memorandums eingeholt haben. Das beinhaltet eine mit den Gläubiger*innen abgestimmte Reform des Bankensektors, um an die 25 Milliarden Euro heranzukommen, die zur Rekapitalisierung lebensfähiger Banken bestimmt sind. Es wird erwartet, dass schon im Oktober einige „Reformen" durchgesetzt werden: Erhöhung der Mehrwertsteuer, Belastung der Agrarproduzent*innen, Kürzung der öffentlichen Ausgaben, Flexibilisierung von Arbeitsverträgen und Begrenzung kollektiver Tarifverhandlungen, Verringerung der Beschäftigung im Öffentlichen Dienst, und ein aggressives Programm von Privatisierungen. Diese werden direkt von einer Instanz der Europäischen Union beaufsichtigt, welche diese Mittel zur Rückzahlung der Schulden einziehen wird.

Tsipras scheint sich einige bescheidene Ziele gesetzt zu haben, wie die Neuverhandlung einiger Aspekte des Memorandums, wenigstens die Verlängerung einiger Rückzahlungsfristen, höchstens eine Teilstreichung der Schulden. Wahrscheinlich wird er versuchen, sich auf die Position des IWF zu berufen, der sich schon im Juli für eine Reduzierung der Schulden auf ein erträgliches Niveau ausgesprochen hatte. Aber ebenso wie schon sein zurückgetretener Ex-Finanzminister Yanis Varoufakis, wird es Tsipras schwer haben, der Troika irgendwelche Konzessionen abzutrotzen.

Haben diejenigen Recht, die sagen, dass Tsipras einen Pyrrhussieg errungen hätte, der sich in sein Gegenteil verwandelt, sobald die Umsetzung des Memorandums beginnt? Oder wird die Demoralisierung und Resignation die nächste Periode bestimmen?

Das wird sich erst noch zeigen. Es wird vor allem vom Klassenkampf abhängen. Und davon, ob eine politische Alternative entsteht, eine revolutionäre Linke der Arbeiter*innen, die einen Ausweg für die Ausgebeuteten aufwirft, sowohl gegenüber der Austeritätsregierung als auch gegenüber eines katastrophalen „Grexit".

Die Schlussfolgerungen, die die Arbeiter*innen, die Jugend und die Unterdrückten aus dem Debakel des „Linksreformismus" an der Macht ziehen, werden wahrscheinlich langfristige Konsequenzen nicht nur in Europa, sondern auf weltweiter Ebene haben. Das macht die strategische Debatte in der Linken konkreter als je zuvor.

Strategische Debatte

Mit seiner Kapitulation vor der Austerität hat sich Tsipras in eine Art Mitterand des 21. Jahrhunderts verwandelt. Der Unterschied ist, dass der Anführer der französischen Parti Socialiste nach seinem Antritt im Jahr 1981 zwei Jahre brauchte, um seine neoliberale Wende durchzuführen und seine Sozialdemokratie in einen „Sozialliberalismus" zu verwandeln. Tsipras durchlief diesen Weg in Rekordzeit: Er brauchte nur ein paar Monate.

Pablo Iglesias im Spanischen Staat verfolgt den gleichen Kurs. Nicht zufällig behält Podemos seine Unterstützung für Tsipras bei und bereitet sich darauf vor, eine „Linke in der Regierung" zu sein und mit den traditionellen Parteien wie der PSOE zu paktieren.

Die Linke in Syriza, die sich mittlerweile als „Volkseinheit" konstituierte, war keine Alternative. Laut Panagiotis Sotiris, einem



ihrer Referent*innen, lag das an verschiedenen Faktoren: Sie hätten die wirkliche Bedeutung der Nein-Stimmen im Juli-Referendum, als eine Stimme des Widerstands, die aber vor den Kürzungen resignierte, nicht zu interpretieren gewusst. Sie hätten ihr Gewicht im Parlament mechanisch auf die Wähler*innen-Anteile übertragen wollen. Sie hätten nicht an diejenigen appelliert, die aus Wut und Enttäuschung nicht wählen gingen. Sie wären als eine weitere Variante von Syriza und nicht als etwas Neues wahrgenommen worden. Sie hätten keine Selbstkritik daran geübt, dass sie als Linke Plattform an der gesamten ersten Regierung von Syriza teilnahmen. Sie wären bürokratisch und sektiererisch gewesen.

Revolutionäre Linke

Sicherlich liegt einiges an Wahrheit in diesen Überlegungen. Nichtsdestotrotz trifft diese Selbstkritik nicht den Kern des Scheiterns der „Volkseinheit": Sie zeigte sich unfähig, auf die Krise zu reagieren. Sie hatte kein Gewicht in bedeutenden Sektoren der Massenbewegung, um sich der Kapitulation von Tsipras entgegenzustellen. Ihre Strategie bestand darin, eine parlamentarische Linke zu konstruieren. Und ihr Programm eines „nationalen Kapitalismus", welches sich auf den Austritt aus dem Euro und die Rückkehr zur Drachme konzentrierte, bot keinen progressiven Ausweg für die Arbeiter*innen und die Gesamtheit der Ausgebeuteten.

Die griechische Erfahrung bestätigt, dass es ohne eine revolutionäre Linke, die sich im Klassenkampf und nicht im bürgerlichen Parlamentarismus aufbaut und die fähig ist, eine materielle Kraft der Arbeiter*innen, der Jugend und der unterdrückten Sektoren in Bewegung zu setzen, unmöglich ist, die Offensive des Kapitals zurückzuschlagen und den Kampf für die Eroberung einer wirklichen Regierung der Arbeiter*innen aufzunehmen.

zuerst veröffentlicht am 23. September bei La Izquierda Diario

KLASSEGEGENKLASSE

Zeitschrift der **Revolutionären Internationalistischen Organisation** | Deutsche Sektion der **Trotzkistischen Fraktion – Vierte Internationale** | Preis: **1 Euro** | Solipreis: **2 Euro**

Die griechischen Wahlen und die strategische Debatte

GRIECHENLAND: Die „Linksregierung" von Alexis Tsipras konnte die Wahlen gewinnen – obwohl sie das Kürzungsdiktat akzeptiert und damit zu einer Austeritätsregierung geworden war. Welche Lehren kann die Linke daraus ziehen?

VON CLAUDIA CINATTI
PTS, BUENOS AIRES

Am 21. September übernahm Alexis Tsipras erneut den Posten des Ministerpräsidenten einer Koalition zwischen seiner Partei Syriza und der rechtsnationalistischen ANEL. In nur zwei Monaten ging der massive Triumph des OXI („Nein") im Referendum im Juli ins Gegenteil über: Die Mehrheit der Wähler*innen gab einer Regierung eine „zweite Chance", die als linke Regierung angetreten war und am Ende den schärfsten Kürzungsmaßnahmen der Gläubiger*innen zustimmte. Syriza stellte das „geringere Übel" gegenüber den traditionellen Parteien Nea Dimokratia und PASOK dar, die als die Urheber*innen der Tragödie angesehen werden, die die griechischen Massen erleben.

Das Manöver von Tsipras, zurückzutreten und vorzeitige Neuwahlen auszurufen, war risikoreich, aber zumindest kurzfristig von Erfolg gekrönt. Nach der Unterschrift unter das dritte Memorandum hatte der Ministerpräsident seine Parlamentsmehrheit verloren und war der Gnade der Opposition ausgeliefert, um weiter regieren zu können. Das stellte die nötige politische Stabilität zur Durchsetzung der Sparmaßnahmen in Frage.

Knappe Mehrheit

Dieses Problem scheint überwunden. Mit dem Sieg bei den Wahlen am 21. September und der Zusammenarbeit seiner alten Partner*innen von ANEL hat sich Tsipras eine knappe Parlamentsmehrheit von 155 der 300 Sitze gesichert. Das ist weniger als noch im Januar, aber ausreichend, um zu regieren. Die politische Krise, die der Entwicklung der Wirtschaftskrise wie ein Schatten folgt und die das Zwei-Parteien-System PASOK-ND hinwegfegte, scheint nun eine Pause einzulegen. Gleichwohl klingen die vier Jahre stabile Regierung, die Tsipras verspricht, eher utopisch.

Fortsetzung auf Seite 15 ➲

